

## Podium 11 – Statements der PodiumsteilnehmerInnen im Vorfeld zur Veröffentlichung

<p><b>Frage 1:</b> Schon seit Jahren gibt es neben dem BIP ergänzende Indikatoren für "Nachhaltigkeit", die den Erfolg von Politik messen sollen. Sie werden in Nachhaltigkeits- oder "Fortschrittsberichten" aufgeführt. Für Außenstehende scheint es, als hätten diese Berichte und deren Indikatoren auf die reale Politik der Bundesregierungen seit 2002 kaum einen Einfluss gehabt. Sie investieren ja viel Zeit in die Arbeit dieser Enquete, sehen in ihr also einen Sinn. Welchen Einfluss kann Ihrer Einschätzung nach die Enquete mit ihren Ergebnissen und möglicherweise neuen Kennziffern auf zukünftige Bundesregierungen nehmen, der über die Wirkung der bisherigen Nachhaltigkeitsberichte und ihrer Kennzahlen hinausgeht?</p>		
<b>Daniela Kolbe (SPD)</b>	<b>Sabine Leidig (Die Linke)</b>	<b>Hermann Ott (Bündnis 90/ Die Grünen)</b>
Es geht mir in der Tat darum, nicht nur einen guten Fortschrittsindikator zu entwickeln, sondern vor allem darum, dass dieser von Politik und Medien ernst genommen werden muss. Die Voraussetzungen, dass das gelingt, sind gut.	Entscheidend wird sein, ob durch die (medien-)öffentliche Aufmerksamkeit, eine gesellschaftliche Dynamik entsteht; also Druck auf die Parteien, mit anderen Indikatoren auch andere Politikziele in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen.	Diese Enquete wird natürlich nicht die Lösung aller Probleme bringen. Ich bin schon zufrieden wenn drei Dinge erreicht werden: Erstens, ein erhöhtes Problembewusstsein in Parlament und Gesellschaft (wir sind da erst ganz am Anfang!); zweitens, das vorsichtige Drehen an ein paar Stellschrauben um den Wachstumswang zu schwächen und, drittens, die Identifizierung der wichtigsten Fragen für die nächste Enquete...
<p><b>Frage 2:</b> Unabhängig von allen monetären Kennziffern wie dem BIP oder kombinierten Kennziffern (z.B. Ressourcenproduktivität wie BIP pro Einheit verbrauchter Energie) legt uns die Natur "harte Restriktionen" auf. Die Ressourcen sind absolut begrenzt, nicht relativ zum BIP. Es besteht objektiv die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Produktion und letztendlich auch den Konsum an diesen "harten" Begrenzungen zu orientieren, weil wir nicht dauerhaft von der Substanz leben können. Ist Ihre Partei bereit, in der Enquete diese Begrenzungen mit allen Konsequenzen, die das für unser Wirtschaftssystem haben mag, vorbehaltlos zu untersuchen? Und wäre Ihre Partei bereit, die daraus folgenden politischen Leitlinien, die die Enquete zieht, in der konkreten Politik (ggf. in Regierungen, an denen sie beteiligt ist) auch konsequent anzuwenden?</p>		
<b>Daniela Kolbe (SPD)</b>	<b>Sabine Leidig (Die Linke)</b>	<b>Hermann Ott (Bündnis 90/ Die Grünen)</b>
Die SPD hat die Enquete maßgeblich initiiert und ist bereit, sich diesen Fragen zu stellen. Als Sozialdemokrat(inn)en werden wir aber auch die soziale Frage, die Frage guter Arbeitsbedingungen und die nach starken Sozialsystemen mit im Blick haben. Das macht die Aufgabe noch anspruchsvoller, aber eine solche umfassende Betrachtung ist für mich zwingend.	Ja.	Die Grünen haben sich diese Fragen seit ihrer Gründung gestellt. Wir werden sie auch weiter stellen und verstärkt stellen. Denn die Situation hat sich verschärft. Wir werden auch deshalb gewählt, weil wir die richtigen Fragen stellen. Und vielleicht ein paar richtige Antworten haben...
<p><b>Frage 3:</b> Was auch immer die Enquete für ein Ergebnis erzielen wird - rein technische Lösungen (mehr Energie-Effizienz, Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen) dürften bei weitem nicht ausreichen. Schon heute dürfte wohl feststehen, dass zukünftige Politik der Bevölkerung wachsende Zumutungen erklären muss, die sich aus dem chronisch überzogenen Ressourcenverbrauch ergeben, an den wir alle uns gewöhnt haben. Sehen Sie diese Notwendigkeit auch? Wenn ja, wann wird Ihre Partei anfangen, ggf. parteiübergreifend die Notwendigkeit einer solchen "Transformation" hin zu einer nachhaltigen Ökonomie zu vermitteln und in konkrete politische Schritte zu gießen?</p>		
<b>Daniela Kolbe (SPD)</b>	<b>Sabine Leidig (Die Linke)</b>	<b>Hermann Ott (Bündnis 90/ Die Grünen)</b>
Eine Transformation in Richtung nachhaltige Ökonomie ist angesichts der begrenzten Ressourcen unseres Planeten die einzig verantwortbare Alternative. Dazu gehört die Debatte darüber, wo unsere Wirtschaft wachsen und wo sie schrumpfen soll, und wie die Politik entsprechende Anreize und Beschränkungen setzen kann.	Ja, ich sehe die Notwendigkeit (wobei darin nicht nur "Zumutung", sondern auch Zugewinn stecken kann). Für die Partei kann ich nicht sprechen, aber persönlich engagiere ich mich zum Thema Mobilität bereits an der Konkretisierung der notwendigen Schrumpfung und Transformation - gerne jederzeit parteiübergreifend!	Die Grünen sind die Partei die am wenigsten struktur-konservativ ist. Deshalb können wir das Neue auch denken und umzusetzen versuchen. Wir werden unsere Wirtschaft und die Gesellschaft zukunftsfähig transformieren, das ist unser Gründungsauftrag. Wir können nur hoffen, dass die WählerInnen das auch wollen... ;)

Die Fragen stellte Kris Kunst den PodiumsteilnehmerInnen im Vorfeld des Kongresses. Die Antworten wurden am 31. März 2011 gegeben.